



Stadtverordnetenversammlung und Magistrat im Schulterschluss gegen die Unterfinanzierung der Kommunen

Wichtige Bürgerinformation zur Anpassung der Grundsteuern 2026

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit dem beiliegenden Bescheid erhalten Sie die aktualisierte Festsetzung der Grundsteuer für das Jahr 2026. Die Stadtverordnetenversammlung hat eine rückwirkende Erhöhung der Hebesätze zum 01.01.2026 beschlossen.

Als hessische Kommune sind wir gesetzlich verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dies ist unter den unten genannten Rahmenbedingungen nicht ohne eine Erhöhung der Grundsteuer möglich.

Wir wissen, dass diese Mehrbelastung eine erhebliche Bürde darstellt, zumal auch andere Kosten ansteigen, die Ihre Haushalte belasten. Sie ist jedoch nötig, damit unsere Stadt auch in Zukunft lebenswert und handlungsfähig bleibt.

Die neuen Hebesätze im Überblick

Die Hebesätze werden wie folgt angepasst:

- **Grundsteuer B** (für bebaute und bebaubare Grundstücke):
Erhöhung von **990 % auf 1.327 %**
- **Grundsteuer A** (für land- und forstwirtschaftliche Flächen):
Erhöhung von **175 % auf 900 %**

Warum ist diese Erhöhung notwendig?

- **Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip:** Das Land Hessen überträgt den Kommunen per Gesetz immer mehr Aufgaben (z. B. beim Ausbau der Ganztagsbetreuung). Obwohl laut Verfassung gilt: „*Wer bestellt, bezahlt*“ (Konnexitätsprinzip), stellt das Land uns nicht die dafür notwendige, ausreichende Gegenfinanzierung bereit. Die Zeche für diese Landesgesetze müssen wir als Stadt vor Ort tragen.
- **Steigende Abgaben an den Kreis:** Die an den Kreis Offenbach abzuführende Kreis- und Schulumlage entzieht unserer Stadtkasse erhebliche Mittel, die uns vor Ort für eigene Aufgaben fehlen.
- **Massive Tarifsteigerungen:** In allen Wirtschaftsbereichen haben die vergangenen Tarifverhandlungen zu historisch hohen Lohnanpassungen geführt. Diese massiv gestiegenen Personalkosten belasten den Haushalt stark.
- **Erhalt der Infrastruktur:** Um Straßen, öffentliche Gebäude und Freizeiteinrichtungen instand zu halten, reichen die bisherigen Einnahmen nicht mehr aus.